

**Bahn-KV: Ringen um Gesprächstermin**

Der für Montag angekündigte Warnstreik bei den ÖBB, der Westbahn und den weiteren heimischen Eisenbahnen wegen der stockenden KV-Verhandlungen könnte noch abgewendet werden. Man sei in Abstimmung für einen neuen Gesprächstermin „vor Sonntag Mitternacht“, hieß es seitens der Gewerkschaft.

**LNG-Terminal Krk soll Knotenpunkt werden**

Kroatien will seinen LNG-Terminal auf der Adria-Insel Krk zu einem Knotenpunkt für die Region ausbauen. Von dort soll künftig auch Gas nach Österreich und Deutschland fließen. Für die nötigen Milliardeninvestitionen will sich Kroatiens Premier, Andrej Plenković, um Co-Finanzierungen durch die EU bemühen und kann laut Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) auch mit Unterstützung durch Österreich rechnen, hieß es bei einem Treffen auf Krk.

**Baukartell: BWB zieht vors Höchstgericht**

Nachdem der Bauriese Strabag auf Basis einer Entscheidung des Kartellgerichtes seinen Kronzeugenstatus im Baukartell behalten durfte, ziehen Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) und Bundeskartellanwalt vors Höchstgericht. Sie haben gegen den Kartellgerichtsbeschluss Rekurs beim Obersten Gerichtshof als Kartellobergericht erhoben, teilte die BWB mit.

# Wie man die Energiewende sicher verbockt

**Ökostrom. Politische Planlosigkeit beschert uns instabile Stromnetze und Blackout-Gefahr. So wird es nichts mit der Energiewende.**

Aus dem Stromversorgungssektor erreichen uns in jüngster Zeit eher beunruhigende Nachrichten: In Österreich haben jüngst eine Reihe von Gemeinden Übungen für den Fall eines Blackouts, also eines großflächigen, länger andauernden Stromausfalls, abgehalten. Der Zivilschutz des Landes Niederösterreich hat eine Broschüre mit Vorsorgemaßnahmen für diesen Notfall unters Landesvolk ge-

völkerungsschutz und Katastrophenhilfe vor drohenden Blackouts im Jänner und Februar gewarnt. Er wurde von der eigenen Behörde zwar sofort dahingehend korrigiert, dass er wohl nicht Blackouts, sondern „Brownouts“ gemeint habe. Also die gezielte stunden- oder tageweise Abschaltung der Stromversorgung in ganzen Regionen, um einen unkontrollierten Blackout zu verhindern.

Das beruhigt uns jetzt nur bedingt: Solche Stromabschaltungen ist man in der Dritten Welt oder im Kosovo gewohnt, aber nicht in hoch entwickelten Industriestaaten, die auf 24-Stunden-Stromversorgung angewiesen und auf diese auch eingestellt sind.

Was läuft da so schrecklich schief? Immerhin kommen diese Warnungen ja nicht von irgendwelchen Verschwörungstheoretikern, sondern von offiziellen Stellen und Ämtern. Dürften also nicht so ganz aus der Luft gegriffen sein.

Die Antwort ist ganz einfach: Eine ideologisch völlig verbockte Energiewende, die offenbar bar jeden technischen Basiswissens rein politisch geplant wurde. Die vereinfacht so lautet: Wir elektrifizie-

**BILANZ**



VON JOSEF URSCHITZ

bracht, und eine leibhaftige Ministerin hat ein „Blackout-Kochbuch“ des Bundesheeres öffentlich präsentiert. Eines, das ursprünglich eigentlich für interne Zwecke gedacht war. Denn „ohne Mampf kein Kampf“, wie ein Stahlhelm-Poet so griffig, wenn auch nicht gerade weltliteraturtauglich, formulierte.

In Deutschland wiederum hat der Chef des Bundesamts für Be-



Pumpspeicherkraftwerke sind der Schlüssel zur Strom-Energiewende. Bei Genehmigungszeit

ren alle Lebensbereiche und decken das voll mit dem massiven Ausbau von Wind- und PV-Kraftwerken ab. So sind wir (in Österreich) bilanziell 2030 in der Stromerzeugung CO<sub>2</sub>-neutral und 2040 dann überhaupt eine Null-Emissions-Gesellschaft.

Das ist völlig unrealistisch – sagen nicht irgendwelche „Klimaleugner“, sondern Experten, die mit dem Problem zu tun haben. Der Technikvorstand des Netzbetreibers Austrian Power Grid (APG), einer Verbund-Tochter, meinte etwa neulich bei einem Symposium, man sei mit „Ideologie und Euphorie“ an die Energiewende herangegangen, habe dabei aber die nötigen Begleitmaßnahmen stark vernachlässigt.

Nämlich den adäquaten Netz- und Speicherausbau. Jedes Megawatt Zubau an Sonnen- und Wind-

stromkapazität benötigt theoretisch ein Megawatt zusätzlich an konventioneller Kraftwerkskapazität oder Speicher, um die Produktionsschwankungen auszugleichen. Sonst kracht die Einsatzfähigkeit von Wind und Sonnenkraftwerken schnell an Grenzen. Oder das Netz wird instabil.

Und dieses Netz muss auf allen Ebenen verstärkt werden, um den dezentral erzeugten Strom auch zu den Verbrauchern zu bringen. Beides wird immer mehr zum Problem. Die Kosten zur kurzfristigen Stabilisierung der Netze (Engpass-Management) sind jedenfalls hoch wie noch nie. Im Vorjahr musste dafür allein in Österreich schon eine halbe Milliarde Euro aufgewendet werden.

Der rasche Ausbau von Wind- und Sonnenstromkapazitäten, eine Grundvoraussetzung für

Anzeige

## Stiftungen im Dienste der Allgemeinheit Nachhaltig Gutes tun

Gemeinnützige Stiftungen stellen ein ideales Instrument dar, wenn gesellschaftliche Verantwortung übernommen und die Zukunft mitgestaltet werden soll.

In den letzten Jahren hat sich Liechtenstein als ein echter „Philanthropie-Standort“ etabliert. Die guten Voraussetzungen zur Positionierung gemeinnütziger Stiftungen begünstigen diese Entwicklung. Das liberale Stiftungsrecht hat den Begriff der Gemeinnützigkeit klar definiert und bietet große Freiheit für den Stifter.

**Solidarität statt Egoismus**

National und international ist eine große Dynamik im gemeinnützigen Stiftungssektor zu verzeichnen. Nebst den klassischen Formen des Stiftens und Spendens tritt bei vielen Stifterinnen und Stiftern ein neues Verständnis von Stiftungsarbeit auf. Sie nutzen Möglichkeiten wie das nachhaltige Investieren, um nicht nur durch die Ausschüttung von Beiträgen an gemeinnützige Projekte Wirkung zu erzielen, sondern auch durch ihre Vermögenslage.

Ein entscheidender Vorteil der liechtensteinischen gemeinnützigen Stiftungen besteht darin, dass es keine geografischen Einschränkungen bei der Fördertätigkeit, der Bestimmung der Begünstigten oder der Besetzung des Stiftungsrates gibt. Somit besteht für gemeinnützige Stiftungen die Möglichkeit, die Ausschüttungen nicht nur inländischen, sondern in einer Vielzahl von Fällen auch ausländischen Institutionen zukommen zu lassen. Das philanthropische Engagement aus Liechtenstein wird somit auch international sichtbar.



**Unternehmer und Philanthrop**

Gemeinnütziges Engagement und Unternehmertum schließen einander nicht aus. Ganz im Gegenteil – soziales Unternehmertum ist ein globaler Trend. Um unternehmerisches Engagement mit großer Innovationskraft umzusetzen, ist die liechtensteinische gemeinnützige Stiftung mit einem liberal ausgestalteten Rechtsrahmen bestens geeignet.

Ob Klimawandel oder Migration, der Bedarf an neuen Lösungen und sozialen Innovationen ist überaus groß. Unternehmen können Lösungen nachhaltig auf unternehmerische Art und Weise finden und eine Hebelwirkung in Gang setzen. Dieses Engagement von Unternehmen braucht jedoch einen geeigneten Rechtsrahmen, um dessen Wichtigkeit und Qualität sichtbar zu machen und für Anerkennung zu sorgen.

**Trend zum Verantwortungseigentum**

Als Möglichkeit zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen wird aktuell auch das Thema des Verantwortungseigentums diskutiert. Dabei sind Gesellschaftskapital und Unternehmensgewinne dauerhaft gebunden und werden nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet, sondern kommen allein dem Erhalt und der Vermehrung des eigenen Vermögens zugute. Während sich in den Nachbarländern noch die Frage stellt, ob es hierzu einer besonderen Rechtsform bedarf, erlaubt die liberale Rechtsordnung in Liechtenstein bereits heute eine praktikable Umsetzung des Verantwortungseigentums.

Liechtenstein hat dieses Jahr zum ersten Mal am Global Philanthropy Environment Index-Rating (GPEI) teilgenommen – und wurde auf Anhieb zum weltweit attraktivsten Standort für gemeinnützige Stiftungen und philanthropisches Engagement gekürt. Liechtenstein verfüge für Private wie auch Unternehmen über äusserst förderliche regulatorische, politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Rahmenbedingungen für die Philanthropie, so der GPEI.

finance.li

